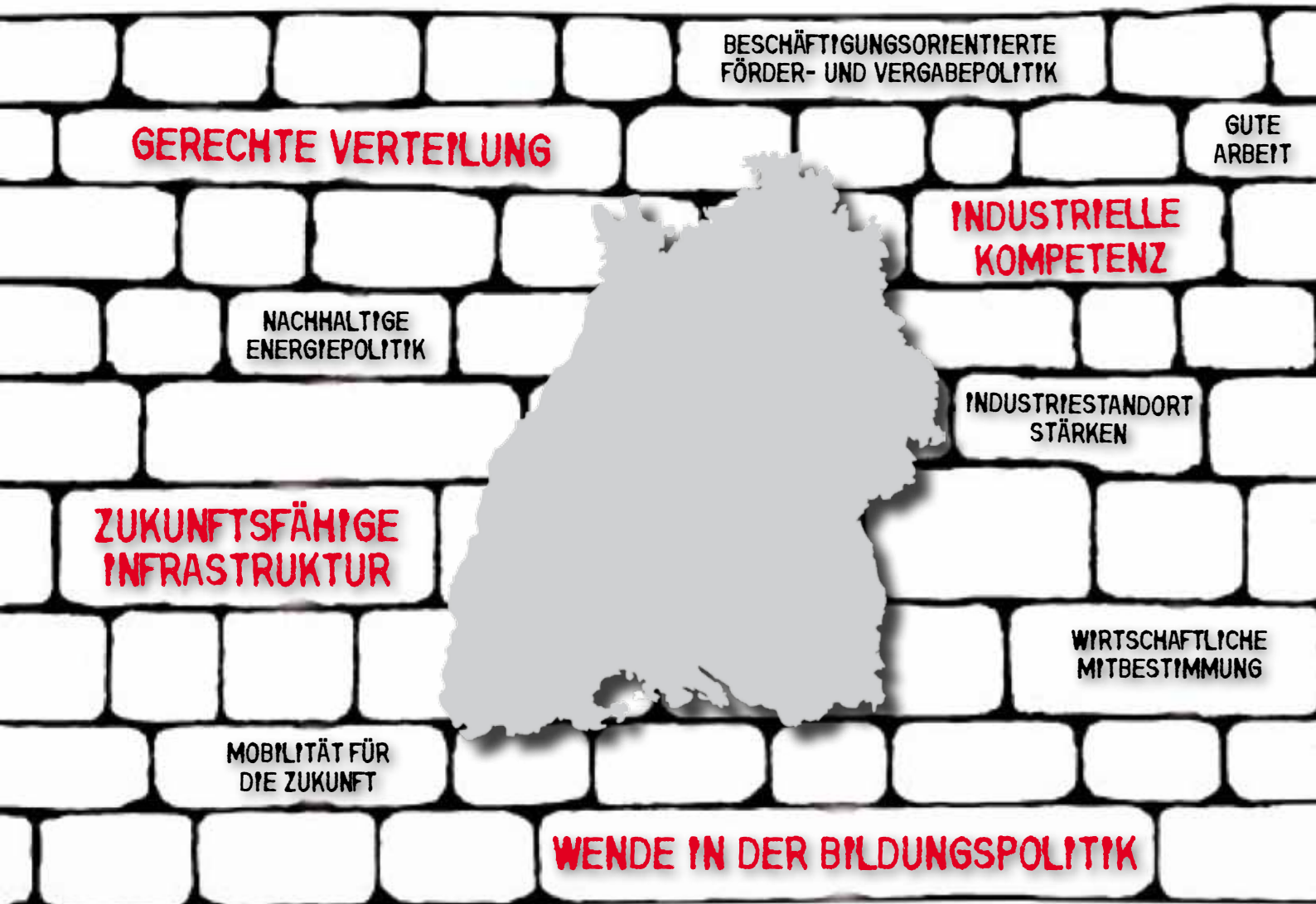


Bausteine für eine
**ökologisch und sozial
nachhaltige Zukunft**
Baden-Württembergs



STRATEGIE

ARBEIT - SICHER UND FAIR

ZUKUNFT

Landespolitisches Memorandum der IG Metall Baden-Württemberg

Bausteine für eine ökologisch und sozial nachhaltige Zukunft Baden-Württembergs

Die IG Metall fordert von der Landespolitik mutige Schritte für einen dynamischen Kurswechsel hin zu einem **ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstum**. Wachstum ist und bleibt die wesentliche Voraussetzung für die Sicherung von Beschäftigung. Das **Ziel der Vollbeschäftigung** bleibt die zentrale Herausforderung und der Maßstab des politischen Handelns. Nachhaltiges Wachstum muss Synonym für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie für eine Verbesserung der Lebensqualität und der Qualität der Arbeit werden. Wir werden diesen Zielen folgend die Politik konstruktiv und kritisch begleiten.

Die Entwicklung des Wirtschafts- und Industriestandorts Baden-Württemberg verlangt, den **industriellen Bestand zu sichern** und gleichzeitig **neue Zukunftsfelder zu erschließen**. Der Wohlstand des Landes gründet sich auf eine breite Kompetenz der Beschäftigten und der Wettbewerbsfähigkeit in den traditionellen Bereichen des produzierenden Gewerbes. Dort gibt es reichlich Innovationspotenzial, z.B. durch zahlreiche Anknüpfungspunkte an die Wachstumsfelder nachhaltige

Mobilität, Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien sowie Gesundheit und Informationstechnologie. Diese Innovations- und Wachstumspotentiale gilt es jetzt - auch mit Blick auf die Beschäftigungsperspektiven - aktiv voranzutreiben.

Baustein: Industrielle Stärke

Produkte und Prozesse sollen nicht nur in Baden-Württemberg **entwickelt** und **angewendet**, sondern auch **hergestellt** werden. Es darf nicht sein, dass wir - auch durch Forschungssubventionen gestützt - eine Ideenschmiede sind, aber die industrielle Umsetzung dieser Ideen nicht bei uns stattfindet. Baden-Württemberg muss durch eine Konzentration der begrenzten Mittel auf zentrale Wachstumsfelder die Stärken der funktionierenden Cluster ausspielen, damit die Industrialisierung neuer Technologien nicht alleine den Subventionsströmen in Europa folgt.

Das verlangt eine schlagkräftigere **Bündelung der Institutionen der Wirtschafts-, Technologie- und Außenhan-**



delsförderung auf Landesebene und deren Ausrichtung entlang der Wachstumsfelder.

Industriestandort Baden-Württemberg

Das **Fahrzeugcluster** im Land verfügt über eine breite Kompetenz zur Lösung künftiger Herausforderungen an einen klima- und umweltverträglichen Waren- und Personenverkehr. So gibt es für emissionsarme Antriebssysteme eine Vielzahl betrieblicher Vorhaben, kommunaler Entwicklungs- und Pilotprojekte bis hin zu Forschungs Kooperationen im Rahmen der Spitzenclusterförderung. Diese müssen unter Federführung der **Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie** Baden-Württemberg und unter Beteiligung von Gewerkschaft, Industrie und Forschung ergebnisorientiert zusammengeführt werden. Hierzu sind ausreichend Landesmittel bereitzustellen. Dabei geht es auch darum, erkennbare Schwachstellen, wie etwa die Speichertechnik, schnellstmöglich zu lösen. Eine weitere Chance bietet eine erfolgreiche Bewerbung um ein modellhaftes **Schaufensterprojekt im Rahmen der Nationalen Plattform Elektromobilität** (NPE). Es ist Aufgabe der Landesregierung, alle relevanten Akteure zusammenzuführen und die Bewerbung um ein Schaufensterprojekt zielgerichtet zu betreiben.

Energie- und Ressourceneffizienz werden künftig bei Investitionsgütern an Bedeutung gewinnen. Das Land verfügt über breite Kompetenzen zu diesen

Themen. Der **Maschinen- und Anlagenbau** als Technologieführer ist nicht nur bei mehr Energieeffizienz, sondern auch bei der Erzeugung regenerativer Energien (z.B. Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik) gut aufgestellt. Die Branche erfüllt alle Voraussetzungen - von den Forschungseinrichtungen bis hin zu bestens qualifizierten Beschäftigten - um eine wichtige Rolle bei der ökologischen Modernisierung der Produktionsmittel zu übernehmen.

Ressourceneffizienz verlangt auch neue Materialien. Intelligente Lösungen im **hybriden Leichtbau** und die Fähigkeit des industriellen Einsatzes solcher Materialien, z.B. im Maschinen- und im Fahrzeugbau, sind gefordert. Hier kann auf das vorhandene Know-how im Bereich **technischer Textilien** zurückgegriffen werden. Effizienz verlangt auch die Miniaturisierung von Bauelementen und ein Mehr an Intelligenz in Bauelementen (embedded systems).

Eine weiterentwickelte **Informations- und Kommunikationstechnologie** ist ein möglicher sogenannter „enabler“ (Ermöglicher). Dies verlangt die Integration von Systemen, bei gleichzeitig hohen Anforderungen an Geschwindigkeit, Sicherheit und Umgebungsbelastungen. Auf diesem Feld besitzt Baden-Württemberg umfassende Kompetenzen in Entwicklung und industrieller Umsetzung.

Für das Feld der **Medizintechnik** sind ebenfalls gute Voraussetzungen vorhanden. Baden-Württemberg kann



sich weiter als Entwicklungs-, Produktions- und Anwendungsstandort für neue Lösungen, z.B. in der Operationstechnik oder der Diagnostik, profilieren. Hier finden sich viele hochspezialisierte Unternehmen, die nur ihr spezielles regionales Standort- und ihr globales Marktsegment kennen. Dabei sind die Schnittmengen zu den Entwicklungstreibern anderer Branchen hoch. So könnten Synergien zwischen den einzelnen Branchen entstehen. Neue Ideen für umweltfreundliche Oberflächengestaltung auf Basis von Bionik-Ansätzen sind ein Beispiel dafür.

Um neue Wachstumfelder erschließen zu können, müssen finanzstarke, grosse Unternehmen als Innovationstreiber und breit aufgestellte – meist kleinere – Spezialisten in fachspezifischen **Kooperationsplattformen** zusammengebracht werden. Das erfordert zielgerichtete Forschung und Unterstützung beim **Technologietransfer** sowie die rechtzeitige Bereitstellung der erforderlichen Qualifikation durch entsprechende **Aus- und Weiterbildung**. Die auch auf Anregung und unter Beteiligung der IG Metall gestartete Initiative für ein **Transfer- und Technologiezentrum „Leichtbau“** sowie der Vorschlag eines **Technologiezentrums „Energieeffizienz“** folgen dieser Idee. Wir sehen im Ausbau von Technologiezentren eine notwendige Schlussfolgerung um Clusterpolitik, Forschung, Technologietransfer und Aus- und Weiterbildung wirksamer miteinander zu verknüpfen und auf die er-

kannten Wachstumfelder zu konzentrieren.

Beschäftigungsorientierte Förder- und Vergabepolitik

Zur Sicherung der Beschäftigung benötigen wir eine stärkere innovationsgebundene Mittelstandsförderung und eine **Ausweitung von Landesbürgschaften** für günstiges Risikokapital zur Vorfinanzierung von Neuentwicklungen. Hierzu wäre nicht nur in Krisenzeiten ein ausreichender **Eigenkapitalfonds** des Landes eine sinnvolle Ergänzung.

Zum schnelleren Transfer von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte müssen kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) neben finanzieller auch über fachliche Unterstützung bei gemeinsamen Kooperations- und Entwicklungsprojekten verfügen, wie sie beispielsweise die Technologiezentren bieten.

Spätestens mit der neuen Förderperiode ab 2013 müssen die Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) eine **Konzentration dieser Mittel auf die Förderung der zentralen Wachstumfelder** vorsehen.

Die Vergabepaxis der öffentlichen Haushalte muss sich an den formulierten Grundsätzen ökologischer und beschäftigungsorientierter Nachhaltigkeit orientieren. Durch ein **Tariftrueugesetz** muss sichergestellt werden, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die die geltenden Tarifstandards einhalten

und ein Mindestentgelt garantieren.

Außerdem muss bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge beachtet werden, dass einzelne Gewerke getrennt ausgeschrieben werden, um auch dem **regionalen Handwerk eine faire Chance** auf Auftragserteilung einzuräumen.

Wirtschaftliche Mitbestimmung

Wenn die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht Selbstzweck sein soll, sondern eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in diesem Land zum Ziel hat, dann brauchen wir eine wirksame **Beteiligung der Beschäftigten, der Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte**. Sie muss zu belastbaren Ergebnissen im politischen Handeln führen. Das darf nicht nur für die landespolitische Ebene gelten, sondern heißt auch Beteiligung der Gewerkschaften an Einrichtungen und Initiativen der Industrie- und Technologiepolitik, in Aufsichtsgremien öffentlicher Banken oder der EnBW.

Demokratie darf nicht am Werkstor enden. **Demokratie in der Arbeitswelt**, und damit in unserer Arbeitsgesellschaft, gibt es erst, wenn die Menschen in den Betrieben mitbestimmen und mitentscheiden können, wenn es um die Zukunft von Arbeitsplätzen und Investitionen geht, gerade im Hinblick auf die massiven strukturellen Umbrüche. Soziale Nachhaltigkeit verlangt die Beteiligung der Menschen sowie die Mitbestimmung auf Augenhöhe.

Wer den Standortvorteil Mitbestimmung in die Waagschale werfen will, setzt nicht nur auf Ideenmanagement, sondern blickt gemeinsam mit Beschäftigten und betrieblichen Interessensvertretungen in Zukunftswerkstätten über den Tellerrand hinaus und entwickelt kooperativ betriebliche Zukunftskonzepte. Eine **Förderung der konzeptionellen und fachlichen Begleitung von Zukunftswerkstätten**, insbesondere in den benannten Wachstumsfeldern, sollte Teil der ESF-Förderlandschaft werden.

Gute Arbeit

Die Qualität der Arbeit muss im Mittelpunkt einer ökologischen und beschäftigungsorientierten Modernisierung stehen. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist zunächst Aufgabe der Betriebs- und Tarifparteien, die Politik kann aber die Rahmenbedingungen für dieses Handeln verbessern.

Rationalisierung und Intensivierung von Arbeit gefährden zunehmend die physische und psychische Gesundheit der Beschäftigten. **Prävention und Gesundheitsförderung** müssen daher gestärkt werden, um die Leistungsfähigkeit während des gesamten Arbeitslebens zu erhalten und den Renteneintritt gesund zu erreichen. Die Landesregierung kann in Kooperation mit Renten- und Krankenversicherungsträgern, den Berufsgenossenschaften und der Gewerbeaufsicht wichtige Impulse setzen und Förderprogramme koordinieren.



Die Ausweitung immer flexiblerer Arbeitszeiten verlangt zumutbare, den Lebensumständen angemessene Arbeitszeitmodelle, die eine **Vereinbarkeit von Leben und Beruf** zulassen. Hierzu braucht es Rahmenbedingungen wie eine bezahlbare Ganztagesbetreuung von Kindern oder bessere Angebote zur ambulanten Pflege von Familienangehörigen.

Wir werden auch in Zukunft flexible Altersübergangsmodelle brauchen, die ein **früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben** ermöglichen. Dies wird durch die Rente mit 67 massiv erschwert und führt zu Armutsrenten. Hier sind Frauen aufgrund ihrer häufig unterbrochenen Erwerbsbiografien besonders betroffen. Ein solches Abstrafen einer Lebensleistung ist unwürdig. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie für eine Rentenpolitik eintritt, die die Realitäten des Arbeitslebens berücksichtigt und **keine Altersarmut** duldet.

Die zentrale Herausforderung dynamischer Industrie- und Dienstleistungssektoren wird die Verfügbarkeit von Fachkräften sein. Der demographische Wandel verschärft dieses Problem. Um die strukturellen Veränderungen der Qualifikationsanforderungen der Arbeitswelt von morgen erfüllen zu können, sind Investitionen in Bildung und Ausbildung unverzichtbar.

Wir müssen verhindern, dass **junge Menschen ohne Abschluss** ins Berufsleben eintreten, davon sind heute insbesondere **Kinder mit Migrationshin-**

tergrund betroffen. Das Potential der jungen Generation darf nicht verloren gehen. Hierzu gehören neben dem Ausbau der individuellen Vorbereitung und Betreuung, die einen Ausbildungserfolg ermöglichen, auch ausreichende und qualitativ **gute Ausbildungsplätze** und die Pflicht zur **unbefristeten Übernahme**. Auch die **Beseitigung des strukturellen Defizits bei der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen** sowie Investitionen in ihre bauliche und fachliche Ausstattung sind dringend notwendig. Der Diskurs über einen möglichen Fachkräftemangel - ausgehend von den Ergebnissen des Innovationsrats - muss fortgeführt werden und zu verbindlichen Ergebnissen führen. Ein Bestandteil hierzu ist das - unter Beteiligung der Gewerkschaften - geschlossene Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg. Wir erwarten, dass die von der neuen Landesregierung angekündigte Allianz für Fachkräfte bald ins Leben gerufen wird.

Statt den Menschen berufliche Perspektiven zu geben und Fachkräfte zu binden und zu entwickeln, ist der Arbeitsmarkt von befristeten Arbeitsverträgen, Dauerpraktika, Leiharbeit und unsicherer Beschäftigung geprägt. Vollbeschäftigung kann nicht um den Preis von Lohndumping, geringfügiger Beschäftigung, befristeten Arbeitsverhältnissen oder eines zweiten Arbeitsmarkts erkaufte werden. **Vollbeschäftigung verlangt sozialversicherungspflichtige Jobs mit ausrei-**



chendem Einkommen. Die Subventionierung von Niedriglöhnen, etwa durch 1-Euro-Jobs ist einzustellen.

Belegschaften erster und zweiter Klasse müssen der Vergangenheit angehören. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss für Männer und Frauen genauso gelten wie Equal Pay für Stammbeschafteten und Leiharbeitskräfte. Ein flächendeckender Mindestlohn muss den Menschen ihren Produzentenstolz und ihre Würde wiedergeben, vom selbst verdienten Geld auch leben zu können. Wir erwarten von der Landesregierung Initiativen im Bundesrat für die Einführung von **Equal Pay, für das Synchronisationsverbot in der Leiharbeitsbranche**, das Eintreten für die **Aufnahme weiterer Branchen in das Entsendegesetz** und als letzte Auffanglinie einen **gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 €**.

Gleichbehandlung muss auch zwischen den Geschlechtern gelten. Die best ausgebildete Frauengeneration trifft auf ein Umfeld, das Chancengleichheit im Beruf verhindert. Eine **aktive Gleichstellungspolitik** muss auch zu verbindlichen Regeln für die Privatwirtschaft führen. Hier sollte die Landesregierung die Initiative ergreifen.

Baustein: Wende in der Bildungspolitik

Junge Menschen brauchen eine gute und sichere Ausbildung für eine selbstbestimmte Lebens- und Berufsplannung und damit für eine reelle Zukunftschance. Die Grundlagen hierfür müssen schon früh geschaffen werden. Dafür benötigen wir qualifizierte und verlässliche, am regionalen Bedarf orientierte **Betreuungs- und Bildungsangebote in Ganztageskrippen, -kindergärten und -schulen**. Diese müssen wohnortnah und für Eltern finanzierbar sein. Dem ist vorrangige Priorität bei den notwendigen zusätzlichen Ausgaben in Bildung zuzuweisen.

Es muss **Chancengleichheit** unabhängig von der sozialen Herkunft hergestellt werden. **Längeres gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung** und Schulsozialarbeit sind dabei ebenso wichtig wie Ganztagschulen mit ganztägigen Bildungsangeboten. Die Unterrichtsversorgung muss durch ausreichende Personalreserven – insbesondere auch an den Berufsschulen – gesichert sein. Auch die **Abschaffung der Studiengebühren** zählt zu den Voraussetzungen, um die starke soziale Selektion des baden-württembergischen Bildungssystems abzubauen.

Der Fort- und Weiterbildung wächst eine immer größere Bedeutung zu. Daher unterstützen wir die von der Enquetekommission „Fit fürs Leben“ zur Umsetzung empfohlenen Vorschläge. Ein **Gesetz zur bezahlten Bildungsfreistellung** kann starke Impulse geben,



wenn es mit tariflichen Regelungen zur Weiterbildung verbunden wird.

Eine engere Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung ist notwendig. Die begonnene **Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte** ohne Hochschulreife muss durch gezielte Unterstützungsangebote und berufsbegleitende (Teilzeit-) Studiengänge jetzt konsequent weiterentwickelt werden.

Die beruflichen Schulen müssen sich zu regionalen Kompetenzzentren für berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung weiterentwickeln. Dazu müssen personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Oft wissen Beschäftigte und Betriebe nicht, welches die richtige und notwendige Bildungsmaßnahme ist. Die Angebote der Arbeitsagenturen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften (z.B. Jobnavigator) sind zu bündeln, um eine flächendeckende, **trägerunabhängige** Bildungsberatung für alle Bevölkerungsschichten aufzubauen.

Viele Beschäftigte haben sich ihre Kompetenzen nicht über Aus-, Weiter- oder Fortbildungen erworben, sondern im Arbeitsalltag oder durch persönliches Engagement. Die auf diesen Wegen erworbenen Kompetenzen werden zur Zeit gar nicht oder nur unzureichend dokumentiert. Darum halten wir es für sinnvoll, dass die Landesregierung **Projekte zur Erfassung nicht formal erworbener Kompetenzen** fördert.

Der Rückgang von Produktionsarbeitsplätzen und die Ausweitung von Entwicklungs-, Service- und Dienstleistungstätigkeiten spiegeln sich in den Betrieben wieder: Un- und angelernte Tätigkeiten werden weniger und der Bedarf an höheren Qualifikationen steigt. Dies trifft überproportional Beschäftigte mit Migrationshintergrund, die keine Chance auf eine entsprechende Ausbildung hatten.

Wir brauchen ein Mehr an gezielten Angeboten zur beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung. Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie „WeGebAU“ können hier in Kooperation mit Berufsschulen noch effizienter gestaltet werden. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie gegen die geplante Kürzung der **Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik** Stellung bezieht und auf einen Ausbau der **Programme zur Qualifizierung Un- und Angelernter**, mit dem Ziel eines Berufsabschlusses, drängt.

Baustein: Zukunftsfähige Infrastruktur

Die Bereitstellung einer zukunftsfähigen Infrastruktur kann nicht den Märkten überlassen werden. Die katastrophalen Erfahrungen mit der Privatisierung von Versorgungs- und Infrastrukturleistungen machen deutlich, welch hohes Gut **staatliche Verantwortung** ist wenn es darum geht, Interessen des Gemeinwohls vor Profitinteressen zu stellen. Die weitere



Privatisierung von öffentlich kontrollierten Versorgungsunternehmen, Banken und Industriebeteiligungen **ist abzulehnen** und soweit geschehen rückgängig zu machen.

Mobilität für die Zukunft

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine elementare Voraussetzung für Investition und Beschäftigung im Land. Dabei geht es um einen klima- und umweltverträglichen Ausbau und die intelligente **Verknüpfung von Schiene, Wasser und Straße** für den Waren- und Personenverkehr in einem ganzheitlichen Mobilitätssystem.

Dieses ökonomisch und ökologisch tragfähige Mobilitätssystem muss gleichzeitig die spezifischen Bedarfe städtischer und ländlicher Gebiete berücksichtigen. Der Individualverkehr wird auch in Zukunft das Mobilitätsverhalten der Menschen bestimmen. Die **Vernetzung von Individual- und öffentlichem Nahverkehr** wird dabei noch stärker in den Mittelpunkt rücken.

Insbesondere in städtischen Ballungsräumen gibt es noch beachtliches Potenzial für den Ausbau des Liniennetzes, nutzerfreundlichere Takte und neue Mobilitätskonzepte (car-sharing, car-to-go). Im ländlichen Raum muss es zum Linienverkehr erweiterte Alternativen wie integrierte Bus- und Lieferdienste zur Mobilität und Versorgung Älterer oder Ruftaxen geben.

Mobilität ist Voraussetzung für die **Teilhabe an Lebens-, Bildungs- und Arbeitschancen**. Daher muss sie auch

für alle bezahlbar sein. Diese Mobilität fordert die Modernisierung und Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Der **Investitionsstau** bei der Instandhaltung von Landesstraßen, bei besserem Lärmschutz und Verkehrsfluss verlangt eine Ausweitung der Mittel. Das Land muss sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Benachteiligung Baden-Württembergs bei Investitionen in Bundesstraßen und Bundesautobahnen endlich korrigiert wird.

Die notwendige **Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser** scheitert schon heute an den Kapazitätsgrenzen. Die Entflechtung von Personen- und Güterverkehr durch den Ausbau des Streckennetzes und der Umschlagskapazitäten für Güter erfordern ein deutliches Mehr an Investitionen. Gleiches gilt auch für attraktivere und verlässlichere Beförderungsleistungen im Nah- und Fernverkehr.

Zur Beschleunigung des **Umstiegs auf emissions- und verbrauchsarme Fahrzeuge** wäre eine nicht monetäre Förderung, etwa durch Privilegierung im Stadtverkehr durch eigene (Bus) Spuren oder speziell ausgewiesene Parkplätze, wünschenswert. Auch eine Quotierung bei der Erneuerung der kommunalen bzw. landeseigenen Fahrzeugflotte ist geeignet den ökologischen Umbau zu beschleunigen.

Die Landespolitik hat sicherzustellen, dass die Bereitstellung von Infrastruktur für moderne Mobilität nicht zum profitablen Geschäftsfeld einiger Großkonzerne wird. Vielmehr muss



durch **staatliche Regulation** die **Flächenversorgung** und ein für alle erschwingliches **Preisniveau** gesichert werden. Gewinne müssen auch zur Refinanzierung öffentlicher Investitionen in Infrastruktur genutzt werden.

Wir fordern daher eine zukunftsfähige und bedarfsorientierte Mobilität und eine starke und beschäftigungsorientierte Verkehrsindustrie für das Land.

Nachhaltige Energiepolitik

Der möglichst schnelle **Ausstieg aus der Atomenergie** ist nicht nur wünschenswert, sondern machbar. Der Umbau der Energieversorgung steht auf zwei Säulen: Ein Mehr an **emissionsfreier, regenerativer Energieerzeugung** sowie ein **Mehr an Energieeffizienz** in Gebäuden, in der Industrie und auf der Straße.

Ressourceneffizienz als Kosten- und Marktvorteil ist in der heimischen Industrie und im regionalen Handwerk als Herausforderung angekommen. Insbesondere bei Investitionsgütern besteht ein großes Potenzial zur Energieeinsparung. Wir empfehlen die Entwicklung energieeffizienter Produktionsverfahren durch einen **Fonds zur Förderung der Energieeffizienz von Investitionsgütern** zu unterstützen. Baden-Württemberg kann damit zum Exportweltmeister für klimaverträgliche Maschinen werden.

Erneuerbare Energien sind weltweit auf dem Vormarsch. Für den Maschinen- und Anlagenbau lassen sich da-

raus erhebliche Potenziale, z.B. als Ausrüster und als Anlagenhersteller im Bereich der erneuerbaren Energien wie Windkraft, Wasserkraft und Photovoltaik, ableiten. Zahlreiche Unternehmensbeispiele aus Baden-Württemberg belegen: Hier entsteht ein breites Wachstumsfeld, das zunehmend auch genutzt wird, um sich von der starken Abhängigkeit vom Fahrzeugbau zu lösen.

Die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie zur regenerativen Energieerzeugung verlangt auch eine Infrastruktur im Land selbst, damit Baden-Württemberg zur Blaupause einer zukunftsfähigen, ökologischen und energieeffizienten Musterregion wird. Die Interessen der Beschäftigten in der Energiewirtschaft an sicheren beruflichen Perspektiven müssen in diesem Wandel berücksichtigt werden.

Der Erwerb von EnBW-Anteilen muss nun - trotz berechtigter Kritik an seinem Zustand kommen - dafür genutzt werden, zusammen mit den kommunalen Energieversorgern den Umbau der baden-württembergischen Energieversorgung voranzutreiben. Wir setzen dabei auf ein **dezentrales Konzept der Energieerzeugung, -versorgung und -speicherung**. Die kommunalen Energieerzeuger sollen gestärkt werden, indem das Wettbewerbs- und Kartellrecht konsequent angewendet wird.

Jetzt benötigen wir **konkrete Investitionspläne** und die **planungsrechtlichen Voraussetzungen** für die Verbreitung von Photovoltaik, Wind- und Wasser-



kraft, aber auch emissionsarmer Kohle- und Gaskraftwerke. Dies gilt auch für den dezentralen Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung.

Der Ausbau von Pumpspeicherwerken, Wasserstoff- und thermischen Speichern, aber auch der Speicherkapazität der Batterien der Elektromobile können zum notwendigen Ausgleich von Energieschwankungen beitragen. Hierfür ist eine **Potenzialanalyse** zur Speicherung von Energie und die dafür notwendige Bereitstellung von „intelligenten“ Leitungsnetzen erforderlich.

Bei der Tarifentwicklung für Strompreise muss zwischen der Entwicklung der Energiekosten und der machbaren Steigerung der Energieeffizienz ein Ausgleich gefunden werden. Dies muss einerseits genügend **Anreize zur Energieeinsparung** bieten, darf andererseits zu **keiner übermäßigen Belastung** der Haushalte und Unternehmen führen.

Wir schlagen der Landesregierung vor, einen **„Aktionsplan Energiewende“** zu erstellen, der in einem öffentlichen Diskurs erarbeitet wird. Ziel ist dabei, unter Beteiligung von öffentlichen Energieversorgern, Verbänden und Gewerkschaften, im Ergebnis den Beteiligten Planungssicherheit für Beschäftigung und Investitionen zu geben. In diesem Prozess müssen die landesplanerischen Voraussetzungen festgelegt und abgestimmt werden.

Ein Teil des Aktionsplans soll die Realisierung von Null-Emissions-Dörfern/-Stadtteilen sein. Wir möch-

ten bis 2020 in Baden-Württemberg zwanzig **Kommunen und Stadtteile**, die mit dem **Prädikat „Null Emission“** bei Energieerzeugung und -verbrauch zertifiziert sind. Hier greifen die Innovationsschwerpunkte E-Mobilität, Brennstoffzelle, moderne Mobilitätskonzepte, regenerative Energieerzeugung und Informations- und Kommunikationstechnologie eng ineinander. Ihre pilothafte Entwicklung sollte durch Fördermaßnahmen für den Transfer erfolgreicher Strategien in die Breite ergänzt werden.

Baustein: Gerechte Verteilung

Die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, Bildung, Forschung und Technologieförderung gibt es nicht zum Nulltarif. Die Ergebnisse dürfen deshalb nicht alleine die Bilanzen der Unternehmen und die Profite der Kapitalleger schmücken.

Wer sich dem Diktat der Schuldenbremse unterwirft, ohne dass er konkrete Maßnahmen zur **Erhöhung der Einnahmen** von Kommunen, Land und Bund einfordert, versperrt sich die Chance auf notwendige Investitionen in die Zukunft des Landes, mehr sozialen Ausgleich und bessere Teilhabechancen der Menschen. Die dringend notwendigen **Verbesserungen der kommunalen Haushalte** lassen sich nicht durch weitere Sparprogramme realisieren. Dies gilt auch für das notwendige Mehr an Ausgaben



für **Investitionen in Bildung, moderne Infrastruktur, aber auch einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus.**

Eine an den Arbeitnehmerinteressen orientierte Verteilungspolitik ist nicht die Verteilung von Knappheit in den öffentlichen Haushalten, sondern ein **Mehr an Verteilungsgerechtigkeit.** Es darf nicht darum gehen, die Entgelte der ErzieherInnen gegen notwendige Investitionen in Infrastruktur aufzurechnen, sondern es müssen sich diejenigen mehr an der Finanzierung beteiligen, die von Bildung, Infrastruktur oder Förderpolitik profitieren und sich diesen Beitrag gut leisten können.

Wir erwarten von der Landesregierung in der Bundespolitik Initiativen zur **Erhöhung des Spitzensteuersatzes,** die **Wiedereinführung einer Vermögenssteuer** und die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer.** Dies gilt auch für eine bessere Ausstattung der Steuerbehörden, um milliardenschwere Steuerhinterziehung zu verhindern.

Das Land sollte sich zudem für den **Erhalt der Gewerbesteuer** und die Erweiterung von Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung der Freiberufler und Selbstständigen einsetzen.

Auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns würde Mehreinnahmen für den Staat und die Sozialkassen bedeuten und damit mehr Spielraum für eine ökologisch und sozial nachhaltige Zukunft Baden-Württembergs bieten.

Impressum:

Herausgeber:
IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg
Stuttgarter Straße 23 · 70469 Stuttgart, Tel.: (0711) 16581-0 · Fax: (0711) 16581-30, www.bw.igm.de
V.i.S.d.P.: Jörg Hofmann, Bezirksleiter
Text: Jörg Hofmann, Frank Iwer, Christa Lang, Martin Sambeth und Kai Bliesener
Layout und Titelgestaltung: Kai Bliesener
Druck: Knödlerdruck, Benningen
Stuttgart, Mai 2011

